

## **Protest war nicht zu überhören, nicht zu übersehen**

Wie bekannt ist, hatte die Landesregierung am 27.09.05 den Verkauf des Flugplatzes Allstedt an das Konsortium Nooren/Imovest beschlossen.

Da auf der Allstedter Protestveranstaltung am 15. Oktober 2005 kein Regierungsmitglied unserer Einladung folgte, um den Beschluss der Landesregierung zu erläutern, sahen wir uns veranlasst, unseren Protest nach Magdeburg zu tragen. Frei nach dem Motto: „ **Kommt die Landesregierung nicht zum Volk, dann kommen wir.**“

Demzufolge machten sich ca. 60 Mitstreiter und Anhänger unserer Bürgerbewegung „Contra Schweinefabrik im Ziegelrodaer Forst“ am 11. November 2005 auf den Weg nach Magdeburg, um unseren Landespolitikern den Unmut zu einer verfehlten Politik offen ins Gesicht zu sagen.

Ausgerüstet mit einer Wimpelkette aus 1.000 Protestkarten, die an den Ministerpräsidenten gerichtet waren, einer Vielzahl von Transparenten und mit ca. 9.000 Unterschriften und guten Argumenten bauten wir binnen weniger Minuten ein Protestpodium auf, das nicht zu übersehen und zu überhören war.

Unserem Verlangen, mit verantwortlichen Regierungsmitgliedern zu debattieren, kamen mehrere Landtagsabgeordnete und Regierungsmitglieder nach. Dabei kam es vor allem mit dem Finanzminister und mit dem CDU-Abgeordneten, A. Schröder, zu heftigen Diskussionen.

Unsererseits wurde der Landesregierung, insbesondere dem Finanzminister vorgeworfen:

### **1. In ein dubioses Ausschreibungsverfahren verwickelt zu sein!**

Die Widersprüchlichkeit zwischen der Angebotseinschätzung des Regierungspräsidiums Halle vom 27.05.2003 und der Vergabeentscheidung vom August 2003 durch das Finanzministerium – letztlich auch die Verkaufsentscheidung der Landesregierung vom 27.09.2005 – belegt eindeutig, dass die natur-, umwelt- und tierschutzrechtlichen Aspekte vom Finanzministerium unter den Teppich gefegt wurden.

### **2. Die Liegenschaft Allstedter Flugplatz weit unter den Angebotspreisen verkauft zu haben!**

Der Kaufpreis des Bieterkonsortium Nooren/Imovest für 480 ha liegt mit 865.000 € deutlich unter dem für die Vergabe entscheidenden Angebotspreis. Zugleich liegt er auch wesentlich unter dem Angebot des anderen Bieters Heidepark (Bennemann). Dieses Missverhältnis lässt u.E. zumindest den Verdacht aufkommen, dass es im Verfahren zu Verstößen zugunsten des Investors gekommen ist.

### **3. Ignorant gegenüber der Bürgerbewegung zu sein!**

Das Verhalten der Landesregierung – insbesondere die Ignoranz auf den Brief des Mittelstandes vom 14.04.2005, der von 140 Mittelständlern der Region unterschrieben wurde – ist seitens des Finanz- und des Wirtschaftsministers kaum noch zu überbieten.

Auf die berechtigten Sorgen von Ärzten, Gewerbetreibenden, Geschäftsführern, Unternehmern wurde nicht reagiert.

### **4. Die Bürgerbewegung getäuscht zu haben!**

Die Hinhaltenaktik der Landesregierung, die u.a. darin zum Ausdruck kommt, dass die im Brief der Staatskanzlei vom 01.06.05 an die Bürgerbewegung zugesagte „umfassende und tiefgehende Prüfung des Vorhabens“ umweltschutzrechtlicher Aspekte vor der Verkaufsentscheidung der Landesregierung durch eine Arbeitsgruppe der Ministerien für Finanzen und Landwirtschaft/Umwelt, nicht umgesetzt wurde. Hier wurde offensichtlich die

Staatskanzlei des Ministerpräsidenten vom Finanzminister in die Irre geführt. Diesen Eindruck musste man vor allem aus dem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten gewinnen.

## **5. Nicht energisch die Schaffung von Arbeitsplätzen zu betreiben!**

Auf den Hinweis des Finanzministers am 20.05.05, selbst ein Angebot abzugeben, wurde der Minister in zwei schriftlichen Anfragen gebeten, seine Offerte zu präzisieren. Unsere Schreiben blieben unbeantwortet. Das von uns daraufhin Mitte September 2005 abgegebene Angebot wurde nicht anerkannt. Die Möglichkeit, schnell etwas zu entwickeln und Arbeitsplätze zu schaffen, wurde somit vertan. Aber daran hat die Landesregierung wohl kein Interesse, denn seit der Vergabeentscheidung im August 2003 sind bereits zwei Jahre vergangen, und weitere Jahre werden nutzlos vergehen, ohne eine Entwicklung des Flugplatzgeländes, ohne einen Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation.

All diese Gesichtspunkte tragen nicht zur Verbesserung des Ansehens der Landespolitik in der Bevölkerung bei. Im Gegenteil: es verbreiten sich die Auffassungen, **„die machen sowieso, was sie wollen“** und **„Volkes Stimme zählt nur alle vier Jahre“**.

Der Vorwurf seitens der Bürgerbewegung, dass es in der Vergangenheit, aber auch gegenwärtig Investoren gibt, die gewillt sind, unverzüglich neue, naturverträgliche Arbeitsplätze zu schaffen, veranlasste den Ministerpräsidenten zu der Bemerkung, „schicken Sie mir mal die Unterlagen zu.“

Obwohl das Kaufangebot mehrerer Investoren aus der Bürgerbewegung seit Mitte September auch beim Ministerpräsidenten vorliegt, werden wir auf seine Offerte eingehen.

Bernhard Schneider, Rainer Heine, Lodersleben  
Hans-Dieter Grützner, Allstedt